L-02 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	31.10.2019
Tagesordnungspunkt:	TOP 4 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

„Es sind die Städte, wo der Kampf um das Klima weitestgehend gewonnen oder verloren wird"
António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen

In Berlin jagt ein Rekord-Hitze-Jahr das nächste, die Bäume bekommen zu wenig Wasser und wenn es dann regnet, fällt oft so viel Niederschlag, dass er durch die versiegelten Stadtflächen kaum aufgenommen werden kann. Allein im Jahr 2018 sind laut dem Robert-Koch-Institut mehr als 800 ältere Menschen an der Hitzewelle in Berlin und Brandenburg gestorben. Das sind nur die spürbarsten Auswirkungen der Klimakrise, die nun auch Berlin erreicht. Doch Berlin steht nicht allein da. Weltweit sind die Folgen des Klimawandels verheerend. Die Gletscher schmelzen rapide, die Dürren in der Sahelzone sind länger denn je und die Permafrostböden in der Tundra tauen immer schneller auf. Das Artensterben hat erdgeschichtliche Dimensionen angenommen und immer mehr Inseln und Küstenregionen werden Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Die Klimakrise wird sich nicht nur lokal lösen lassen, aber wir können und müssen aus Berlin dazu beitragen, diese Menschheitsaufgabe zu bewältigen. Wer heute vernünftig ist, weiß, dass wir radikal handeln müssen, um unsere Lebensgrundlage noch zu retten.

Das, und nicht weniger, ist unser Ziel! Dafür dürfen wir die Verantwortung nicht an andere abschieben, sondern müssen mit voller Kraft auf allen Ebenen Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Aber statt beherzt anzupacken, legt die Bundesregierung ihre Hände in den Schoß. Das sogenannte Klimapaket ist den Namen nicht wert, den es trägt. Ohne einen schnellen, ehrlichen CO_2-Preis wird Klimaschutz konterkariert. Ohne Maßnahmen zur energetischen Modernisierung von Gebäuden und einen schnellen Kohleausstieg brauchen wir von Klimaschutz gar nicht zu sprechen. Und ohne eine Abkehr von der Massentierhaltung ist das Label Klimaschutz auf dem Paket nur ein Etikettenschwindel. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist das aber kein Grund, nur mit dem Finger auf den Bund zu zeigen. Wir werden die Verantwortung, die wir hier tragen, auch weiterhin annehmen. Wir wollen und werden handeln, sowohl auf Bezirks- als auch auf Landesebene. Dabei werden wir uns nicht mit einzelnen, symbolischen Maßnahmen zufriedengeben, sondern wollen vor allem strukturelle Änderungen in Angriff nehmen. Denn die viel zu oft angeführten „Sachzwänge" sind bei genauerer Betrachtung meist auf strukturelle Fehler zurückzuführen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir die Strukturen und Verfahren so verändern, dass sie dauerhaft für eine sozial-ökologische Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten bestrafen. Denn wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz.

Klimaschutz ist für uns kein neues Modethema, sondern entscheidend, um eine lebenswerte Zukunft für uns und nachfolgende Generationen zu schaffen. Wir stehen hier auch in der Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, die weniger zur Klimakatastrophe beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen sind. In diesem Wissen haben wir uns schon 2016 mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Berlin hohe Ziele für konsequenten Klimaschutz in Berlin gesetzt, die wir Schritt für Schritt abarbeiten – vor Augen haben wir dabei das viel größere Ziel, den nötigen, umfassenden Umbau unserer Gesellschaft und unserer Stadt. Mit Deutschlands erstem Mobilitätsgesetz bauen wir Berlin sukzessive zu einer

nachhaltigen Stadt um. Klimafreundliche Mobilität und schwächere Verkehrsteilnehmer*innen haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28 Milliarden Euro zur Verfügung. Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.

Mit einer Grünbauoffensive wollen wir auch im neuen Doppelhaushalt ein klares Signal setzen, dass Klimaschutz kein Luxus ist, sondern existentiell für Wohlbefinden und Überlebensfähigkeit. Denn alle Menschen müssen sich Klimaschutz leisten können. Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün entwickeln wir einen Leitplan, um das Stadtgrün zu schützen und zu pflegen und haben dafür bereits im letzten Haushalt die Mittel um mehr als 150 Prozent erhöht. Bei der Regenwasserbewirtschaftung haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet, der Berlin zur Schwammstadt macht. Und mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) haben wir den Fahrplan zu einer klimaneutralen und klimaangepassten Stadt festgelegt. Wir bauen das Stadtwerk aus und stellen die Berliner Busflotte auf Elektro um. Wir steigen schrittweise bis 2030 aus der Kohleverstromung aus und beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist. Und mit einer umfassenden Ernährungsstrategie und der Kantine Zukunft Berlin beginnen wir, die Ernährungswende in Berlin Wirklichkeit werden zu lassen. All das sind Schritte auf dem Weg zu einer Stadt, die klimaneutral ist, die mit der Natur funktioniert, nicht gegen sie, und die dadurch den Berliner*innen mehr Lebensqualität gibt. Eine solche Stadt gibt es bislang weltweit nicht. Wir treten an, um die guten Ansätze, die weltweit ausprobiert werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zusammengehören.
Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir brauchen mehr!

Klimavorbehalt jetzt!

Um Klimaschutz wirklich in den Strukturen zu verankern, müssen wir die klimapolitischen Folgen aller politischen Entscheidungen abschätzen und abwägen. Deshalb müssen die Klimafolgen ein wichtiges Kriterium für politische Entscheidungen werden. Dazu ist in einem ersten Schritt mehr Transparenz über die Klimarelevanz politischer Entscheidungen und eine Klimafolgenabschätzung nötig. Um dies dauerhaft in den Strukturen zu verankern, wollen wir, dass die zu erwartenden CO_2-Emissionen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesen werden.

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren Entscheidungen das Klima im Blick haben. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen, inwieweit auch Klima-Monitoring in Berlin eingesetzt werden kann, um dauerhaft und strukturell die Belastung des Klimas zu evaluieren. Das vom Bündnis für Klimaschutz der Kommunen entwickelte Monitoringsystem BISKO, das bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen. Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten, wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. Darüber hinaus streben wir ein Klimabudget nach Osloer Vorbild an. Damit würde Berlin nicht nur ein Jahresziel, sondern eine CO_2-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Energie- und Klimaverwaltung übernommen wird.

Aus den Bezirken heraus das Klima retten!

Für uns spielen beim Klimaschutz die Bezirke, die konkret vor Ort Berlin gestalten, eine zentrale Rolle. Deshalb fordern wir mindestens eine*n Klimaschutzmanager*in pro Bezirk, die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit

konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.

Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden und somit für eine atmende Stadt zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager*innen endlich gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. Was wir heute bauen, wird auch noch in den nächsten Jahrzehnten Berlin prägen. Daher ist es entscheidend, dass alle, die jetzt neu bauen, auch wissen, was ökologisch machbar und notwendig ist, welche Materialien zur Verfügung stehen und welche Fördertöpfe es gibt. Maßnahmen gibt es viele, doch oft fehlt schlicht das Wissen.

Darüber hinaus wollen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten-und-Leistung-Rechnung (KLR) geprägt sind, nachhaltig umgestalten. Wir fordern, dass Klimaschutz Einzug in die KLR-Berechnung der Bezirke nimmt. Bezirke, die faire und ökologische Produkte beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Wir müssen die Bezirke in die Lage versetzen, sich gut und gründlich um ihr Grün kümmern zu können. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der Bäume deutlich erhöht wird. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht.

In den Berliner Bezirken wächst eine vielfältige Landschaft spannender Initiativen für eine nachhaltige Ernährung: gläserne Küchen, urbane Gärten, Verteilnetze der solidarischen Landwirtschaft, Verarbeitung geretteter Lebensmittel – sie und viele andere wirken vor Ort. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fördern und unterstützen diese Initiativen, z.B. durch die Einrichtung von LebensMittelpunkten in den Berliner Kiezen. Dort sollen Räume für Initiativen und kleine Unternehmen entstehen, um Lebensmittel zu lagern, zu verteilen und weiter zu verarbeiten. LebensMittelpunkte sollen auch Orte der Begegnung, des gemeinsamen Kochens und des Austauschs werden.

Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität umbauen und es ermöglichen, endlich auch Dienstfahrräder anzubieten.

Indem wir die Bezirke beim Klimaschutz stärken und besser ausstatten, ermöglichen wir wegweisende strukturelle Veränderungen, die dauerhaft wirken und nachhaltig eine Klimaschutzpolitik von unten heraus befördern.

Berlin geht voran: Raus aus der Kohle, rein in die Erneuerbaren

Berlin wird bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Bereits 2017 haben wir das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz genommen und stoßen so jedes Jahr 600.000 Tonnen CO_2 weniger aus. Auch die Abschaltung des Steinkohlekraftwerks Reuter ist ein großer Schritt und verringert den Berliner CO_2-Ausstoß um 400.000 Tonnen. Damit haben wir in dieser Legislaturperiode zwei von anfangs noch vier verbliebenen Kohlekraftwerken vom Netz genommen.

Aber auch der Kohleausstieg muss verantwortlich organisiert werden. Wir müssen die Strom- und die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen. Dies ist entscheidend, denn die Produktion von Wärme erzeugt mit großem Abstand das meiste CO_2 in Berlin. 18 Prozent des gesamtberliner CO_2-Ausstoßes ist verschuldet durch die jährliche

Verfeuerung von 1,2 Millionen Tonnen Steinkohle. Damit muss so schnell wie möglich Schluss sein.

Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status Quo ausweiten. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben werden. Zur Initiierung, Umsetzung und Begleitung entsprechender Pilotprojekte werden wir die Energieverwaltung weiter stärken. Um die vorhandenen Erneuerbaren Energienpotentiale besser und schneller zu nutzen und den Kohleausstieg zu meistern, sollte die energetische Modernisierung der Gebäude konsequent und sozialverträglich vorangebracht werden. Um die Integration Erneuerbarer Energien und Abwärme in die Wärmenetze voranzutreiben, fordern wir darüber hinaus den Senat auf, für die zukünftige Wärmeversorgung die Berliner Potentiale emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv zu analysieren.

Wir wollen weiterhin den kommunalen Einfluss auf die Energienetze stärken, um Potentiale für Sektorkopplung und Flexibilisierung des Energiesystems besser zu nutzen und Einnahmen in eine nachhaltig versorgte Stadt zu reinvestieren. Neben der Fortführung der Rekommunalisierungsverfahren werden wir auch Gespräche mit den derzeitigen Netzbetreiber*innen führen, um den gemeinsamen Nutzen für eine nachhaltige und sozialverträgliche Energiewende zu identifizieren und sie insbesondere auf eine gesamtstädtische Energieplanung zu verpflichten.

Wenn wir die Zukunft unsere Lebensgrundlage nicht aufs Spiel setzen wollen, müssen wir den Wärme- und Energieverbrauch in unseren Häusern erheblich reduzieren. Auch die Wärmeerzeugung jenseits des Fernwärmenetzes müssen wir in den Blick nehmen. Deshalb haben wir mit dem BEK auch ein Förderprogramm zum Abwracken alter Ölheizungen aufgelegt und werden erneuerbare Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz erarbeiten, wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die künftig produzierte Wärme zu einem vorgegebenen Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

Dazu haben wir bereits die Beratung für die energetische Quartierssanierung auf den Weg gebracht. So ermöglichen wir eine gemeinschaftliche ökologische Versorgung mit Wärme, die energieeffizienter und günstiger ist als isolierte Einzellösungen. So kann örtlich erzeugte Wärme aus verschiedenen regenerativen Quellen in Nahwärmenetze eingespeist, mit Speichern verknüpft und lokal verteilt werden – ob Solarthermie, Abwärme, Abwasserwärme, Geothermie oder Power2Heat aus Stromüberschüssen oder Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus fördern wir auch seit Anfang Oktober über das Förderproramm „Energiespeicher PLUS“ Stromspeicher mit bis zu 15.000 Euro.

Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell befördert der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern potenziert den Nutzen.

Auch den Mieterstrom werden wir deutlich ausbauen. Die bisherigen Mieterstrom-Projekte des Berliner Stadtwerks versorgen schon in über 6.000 Haushalten die Mieter*innen mit CO_2-sparendem Photovoltaik-Strom.

Für uns ist klar: Die öffentlichen Gebäude müssen als Vorbild dienen und vorangehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen wird, damit in Zukunft unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann. Der von unserer Energiesenatorin Ramona Pop angestoßene „Masterplan Solar City" hat gemeinsam mit vielen Akteur*innen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eine ganze Reihe von strukturellen Hemmnissen identifiziert, die wir nun angehen bzw. beseitigen müssen und wollen. Im Rahmen der Implementierung des Masterplans Solar City wollen wir auch mehr Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden errichten, die im Eigentum von natürlichen Personen oder Unternehmen sind. Mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes werden wir nicht nur die Klimaziele von Paris für das Land verpflichtend machen, sondern den Klimaschutz so in den Strukturen verankern, dass endlich alle Ressorts dazu beitragen. Und wir nehmen die landeseigenen Unternehmen stärker in die Pflicht: Wir wollen, dass alle Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, der Abschaffung der Wirtschaftlichkeitsprüfung, der Novelle des Energiewendegesetzes und dem „Masterplan Solar City" wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen führen.

Mit unserem Beschluss „Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!" haben wir darüber hinaus noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin zur Hauptstadt der Erneuerbaren Energien wird.

Bauen wir die Zukunft

Nach wie vor sind Gebäude und vor allem die Wärmeerzeugung der größte CO_2-Erzeuger in Berlin. Wir müssen daher bei Neubauten von vornherein alle Möglichkeiten ausschöpfen, um CO_2 zu binden, durch ökologische Standards bei den Baustoffen gar nicht erst zu erzeugen bzw. immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken.

Die Häuser und Quartiere, die wir heute planen und bauen, prägen unser Stadtbild und unsere Lebensqualität für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb müssen sie ökologisch, klimaneutral und nachhaltig angelegt werden. Wir setzen beim Bau neuer Gebäude und bei der Modernisierung auf ökologische, energieeffiziente, Umwelt und Klima schützende Baustoffe wie Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir für die öffentlichen Bauvorhaben bereits eine wichtige Weiche gestellt. Wir wollen darüber hinaus ein Förderprogramm bzw. verpflichtende Vorgaben für landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines Holzbauclusters, damit diese Schritt für Schritt dazu verpflichtet werden, Mindestquoten beim Holzbau zu erfüllen. Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen Neubauten. Leitkonzepte zur Regenwasserbewirtschaftung und Hitzeanpassung machen größere Wohnungsbauvorhaben klimafest.

In den neuen Stadtquartieren muss flächensparend und umweltgerecht gebaut werden. Die Nähe von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie Infrastruktur für Bildung und Kultur, Naherholung und Versorgung ist wichtig, da sie nicht nur ihren Teil zur besseren Klimabilanz beiträgt, sondern auch die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöht. Quartiere, die wir jetzt planen, müssen von Beginn an autoarm und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein und Komfort für Fußgänger*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und

Infrastrukturmaßnahmen müssen ökologische Standards bindend sein und zwingend umgesetzt werden. Dafür stellen wir für alle landeseigenen Gebäude verbindliche Sanierungsfahrpläne auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum CO_2-Schadenspreis ein.

Gleiches gilt für die Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und alle Gebäude der landeseigenen Betriebe. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildcharakter und muss die Umsetzung guter Lösungen aktiv und wirkungsvoll vorantreiben. Um die Ziele zu erreichen müssen wir Strukturen und Vorschriften, die Klimaschutz und Klimaresilienz befördern, fest in den Bebauungsplänen integrieren. Auch bei städtebaulichen Rahmenverträgen, Wettbewerben oder anderen Instrumenten müssen klimaschützende Maßnahmen zentrale Entscheidungsmerkmale sein.

Um ökologisches und energetisch nachhaltiges Bauen dauerhaft und strukturell zu fördern, werden wir die breiten Erkenntnisse zur zeitgemäßen Bauweise in einem Informationszentrum für energetisches, sozialverträgliches und nachhaltiges Bauen und Modernisieren öffentlich zugänglich machen. Wir wollen ein Bauinformationszentrum, das eine breite Beratung von öffentlichen und privaten Eigentümer*innen jeglicher Größe und Couleur sicherstellt. Wichtige Aktivitäten sind die Kommunikation und die Vernetzung der Akteur*innen, die anwendungsorientierte Forschung (unter Nutzung der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft) und die Begleitung und Dokumentation von Projekten und Vorhaben. Mit der Eröffnung des SolarZentrums haben wir einen ersten Baustein im Energiebereich bereits geschaffen.

Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss jedoch vor allem die energetische Modernisierung der Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und die Qualität der Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die Klimaschutzziele 2030 zu erreichen. Zudem werden häufig nicht einmal die vorausberechneten Energieeinspareffekte durch die Modernisierungen erreicht.

Fest steht, dass wir unsere Anstrengungen vervielfachen müssen, um den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens gerecht zu werden. Wir wissen: Dazu müssen wir die verschiedenen Hauseigentümer*innen gewinnen. Dabei setzen wir auf eine Mischung aus aktivierender Beratung, bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten und ordnungsrechtlicher Verpflichtung zu einfach umsetzbaren und rasch erfolgversprechenden Maßnahmen sowie zur Erstellung von verbindlichen Modernisierungsfahrplänen für weitere Schritte.

Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung der eigenen Bestände eine Vorbildrolle zu. Das gilt nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern auch für die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Wir setzen uns deshalb dort für Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden.

Bei der Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich brauchen wir eine gerechte Lastenteilung zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und der öffentlichen Hand. Dazu bedarf es endlich einer Reform des Mietrechts auf Bundesebene, denn das derzeitige System, das die Kosten energetischer Modernisierungen im Mietwohnungsbestand komplett auf die Mieter*innen abwälzt, ist mehr als unsozial. Zudem führt die Modernisierungsumlage, die der Bundesgesetzgeber vorschreibt, zu keiner ökologischen Steuerung und wird oft für Mietsteigerungen durch die Hintertür bis hin zum „Herausmodernisieren“ weniger-zahlungskräftiger Bewohner*innen missbraucht. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordert deshalb ein Drittelmodell, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung der Kosten beteiligt. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen überschaubar und kalkulierbar zu halten. Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels

geht, kann hier vorbildlich sein, denn gerade die Umlage auf die Mieter*innen muss gedeckelt werden.

Wir denken Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen. Für uns ist klar, dass der Mietendeckel das Problem der bisher zu niedrigen Sanierungsrate nicht lösen kann, jedoch darf er auch nicht dazu führen, dass sinnvolle energetische Sanierungen ausgebremst werden. Deshalb haben wir ein neues Umlagesystem durchgesetzt, das dafür sorgt, dass sich neben den Mieter*innen, auch Vermieter*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. Um dies auch wirklich umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Damit wird in Berlin schon bald das faire Drittelmodell Wirklichkeit. Für bereits energetisch modernisierte Wohnungen setzen wir uns zudem auf Bundesebene für einen Klimazuschuss zum Wohngeld sowie generell für eine echte Härtefallregelung ein, damit sich auch Haushalte mit geringen Einkommen diese Wohnungen leisten können.

Verkehrswende ist Klimawende

Neben den Gebäuden ist der Verkehr der zweitgrößte Verursacher von CO_2 in Berlin. Daher ist die Verkehrswende nicht nur geboten, um Berlin lebenswerter zu gestalten, den Verkehr sicherer zu machen und eine faire Verteilung des öffentlichen Raums zu erreichen, sondern auch, um die Klimakatastrophe noch abzuwenden.

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.

Wir wollen alles unternehmen, um den Umstieg vom Auto aufs Rad, in Bus oder Bahn oder auf die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver.

Mit einer Übernachtungsabgabe wollen wir, dass alle Tourist*innen für die Zeit ihres Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. Wir halten auch am Ziel der Einführung eines Bärentickets fest, wodurch alle Berliner*innen durch eine solidarisch gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann. Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien und einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir das Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen. Dabei setzen wir besonders auf den Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030 wird der gesamte öffentliche Nahverkehr elektrisch betrieben – auch das ist eine lohnende Investition in den Klimaschutz.

Alltagswege wollen wir kurz, angenehm und sicher gestalten, damit sie klimaschonend zu Fuß zurückgelegt werden können. Fußverkehrsfreundliche Ampelschaltungen, mehr Zebrastreifen und ein konsequenteres Vorgehen gegen Falschparker*innen sollen dazu beitragen. Dazu wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Strafen für Falschparken, gerade auf Fuß- oder Radwegen oder gar auf Baumscheiben und Grünflächen, auf mindestens 100 Euro deutlich zu verteuern und das Abschleppen schneller durchzuführen. Auch Sharing-Angebote haben auf den Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße oder auf Parkplätzen geschaffen werden.

Neben dem bereits erarbeiteten Kapitel zum Rad- und Fußverkehr werden wir das Mobilitätsgesetz auch um einen Teil zum Wirtschaftsverkehr erweitern. Um die Straßen zu entlasten, ist es für uns zentral, die Auslieferung von Paketen zu zentralisieren und dauerhaft auf Lastenräder umzustellen. Erste Projekte, die ausgehend von zentralen Lagerstellen die Anwohner*innen mit Lastenrädern beliefern, haben wir schon initiiert und wollen sie immer weiter ausbauen. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen weiter entlasten. Gerade die Digitalisierung bietet hier viele Möglichkeiten. Und wir unterstützen die Unternehmen beim Umstieg auf die Elektromobilität. Mit dem Förderprogramm „Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte geschaffen.

Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen für Kinder die Kieze vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

Klimaschutz beginnt beim Essen

Nicht nur durch Wärme und Verkehr erzeugen wir CO_2, sondern auch durch unsere Ernährung. Mit unseren Kaufentscheidungen und Ernährungsgewohnheiten tragen wir Verantwortung dafür, wie viel der klimaschädlichen Emissionen CO_2, Methan und Lachgas durch Massentierhaltung, konventionellen Ackerbau und Transport von Lebensmitteln verursacht werden. Als größte Verbraucherstadt Deutschlands haben wir es in der Hand, für eine klimafreundliche Landwirtschaft zu sorgen. Deshalb geht für uns Klimaschutz nur Hand in Hand mit einer Ernährungswende. Dazu gehört auch ein radikaler Wandel in der Gemeinschaftsverpflegung. In Berlin haben wir dafür die Kantine Zukunft Berlin nach dem Vorbild des Kopenhagener House of Food auf den Weg gebracht. Diese soll neben der Bereitstellung von Informationen vor allem die öffentlichen Kantinen in den Berliner Verwaltungen, Krankenhäusern, Schulen, den Kitas und anderen staatlichen Einrichtungen beraten und dabei unterstützen, Schritt für Schritt das Angebot so umzustellen, dass deutlich mehr regionale, ökologische und vegan-vegetarische Produkte angeboten werden. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg. Als größte deutsche Stadt kann Berlin mit einer Umsteuerung der Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen und ökologischen Produkten einen erheblichen Einfluss auf die Lebensmittelproduktion in der Region nehmen. Die Ernährungswende in Berlin und die Agrarwende in der Region hängen eng zusammen.

Mit der Ernährungsstrategie, die derzeit in einem partizipativen Prozess mit der Stadtgesellschaft erarbeitet wird, legen wir den Grundstein für den Weg hin zu einem nachhaltigeren, urbanen Ernährungssystem. Wir bündeln in dieser Strategie Ziele, Maßnahmen und Visionen, nehmen Impulse aus der Gesellschaft auf und unterstützen die gesellschaftliche

Bewegung, die eine Ernährungswende hin zu mehr saisonal, regional und biologisch produzierten Lebensmitteln fordert. So schaffen wir Strukturen, die dauerhaft für eine Ernährungswende arbeiten.

Wir wollen aber auch, dass weniger Essen weggeschmissen wird. Gerade Supermärkte sind hier in der Verantwortung, neue Wege zu gehen. Dass das Mitnehmen von weggeschmissenem Essen, das sogenannten Containern, noch unter Strafe steht, ist nicht nachvollziehbar. Daher begrüßen wir die Bundesratsinitiative unseres Landwirtschaftssenators Dirk Behrendt, dieses zu legalisieren, und treten darüber hinaus für ein gesetzliches Wegwerfverbot von Lebensmitteln bei Supermärkten ein.

Durch eine strukturelle Veränderung bei den auswärtigen Essensangeboten durch die Kantine Zukunft Berlin und eine deutliche Verringerung von weggeworfenem Essen schaffen wir den strukturellen Einstieg in die Ernährungswende und werden dauerhaft für den Klimaschutz Erfolge erreichen.

Berlin muss grüner werden

Bäume binden CO_2 und Grünflächen tragen dazu bei, dass Wasser versickern kann und so die Stadt gekühlt und Pflanzen mit Nahrung versorgt werden. Blumen stellen die Nahrungsquelle für Insekten und Bienen dar. Mehr und besseres Grün trägt dabei also nicht nur zu einer besseren Lebensqualität bei, sondern rettet auch das Klima.

In unserem Beschluss „Grün statt Grau“ haben wir dazu bereits ausführlich Stellung bezogen. Zentral bleibt dabei für uns, dass wir nicht nur vorhandene grüne Oasen – die Parks, die Freiflächen, Wälder, Naturschutzgebiete und Freiräume – schützen, sondern auch dafür Sorge tragen, dass das Grün in der Stadt weiter wächst. Wir wollen, dass Grünflächen und Grünverbindungen in Berlin ein vitales Netz ergeben. Seien es Hinterhöfe oder Dächer, seien es Parkplätze oder Vorplätze – noch immer gibt es riesige Potenzialflächen, die entsiegelt und begrünt werden können. Damit dauerhaft das Grün in der Stadt wächst, müssen wir den Ankauffonds ausweiten und noch mehr Flächen ankaufen, die für Flora und Fauna reserviert werden. Und wenn durch Neubauten Grün verdrängt wird, muss es an anderer Stelle in Berlin wieder entstehen. Dabei ist entscheidend, dass Ausgleichszahlungen nur im absoluten Ausnahmefall möglich sind. Mit dem Ökokonto verändern wir die Strukturen dauerhaft so, dass das Land Berlin Stadtgrün und Biotopflächen schon vorab qualitativ hochwertig und zusammenhängend entwickeln kann und diese im Nachhinein durch verschiedene Bauherr*innen refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm und schaffen einen Systemwechsel, bei dem auch die ökologische Qualität bei den Ausgleichsmaßnahmen eine entscheidende Rolle spielt.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass es in allen Quartieren genügend Grünflächen für Erholung, Bewegung, Begegnung und Naturerfahrung gibt. Diese sollen auch Platz für standortgerechte Vegetation und Lebensraum für Tiere bieten. Parks und Grünflächen steigern nicht nur die Gesundheit und Lebensqualität, sondern sind auch wichtige Kälte- und Frischluftpuffer. Neben Dachgärten, Fassaden- und Dachbegrünungen müssen deshalb ausreichend öffentliche Spielplätze und Parks eingeplant werden.

Dabei stellen uns die Sturm-, Brand- und Dürreschäden der letzten Jahre vor große Herausforderungen, eröffnen aber gleichzeitig auch eine Chance. Das reine Aufforsten der Wälder in altbekannter Art ist keine Option. Mit Blick auf die absehbaren Folgen des Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege.

Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um den Genpool zu stärken und die Biodiversität in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Naturschutz- und Waldbaumaßnahmen müssen besser mit den Bürger*innen kommuniziert werden, um Akzeptanz für Natur- und Klimaschutzmaßnahmen zu erzeugen. Dazu werden wir Naturwachtstützpunkte und Rangerstellen in den größeren Waldgebieten und Biotopen Berlins einrichten.

Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz nicht nur eine Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet, sondern legt damit konkrete Handlungsmaßnahmen vor, wie wir die Stadt in den kommenden Jahren dauerhaft verändern. Die Vielzahl vorhandener Konzepte für das Grün ist eine gute Grundlage – sei es der Kleingartenentwicklungsplan, die Friedhofsplanung, die Strategie Stadtlandschaft, das Landschaftsprogramm, die Strategie biologische Vielfalt oder der Stadtentwicklungsplan Klima. Entscheidend ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien mit Leben gefüllt werden und das Stadtgrün durch konkrete Maßnahmen dauerhaft bewahrt und gestärkt wird. Bei diesen Bemühungen ist darauf zu achten, dass im Sinne der Umweltgerechtigkeit vor allem dort das Stadtgrün für benachteiligte Menschen gestärkt und ausgebaut wird, wo Grün- und Erholungsflächen eher Mangelware sind.

Klimaverantwortlich wirtschaften und finanzieren

Was wir konsumieren und kaufen erzeugt CO_2 in anderen Teilen der Welt. Wir stehen auch zu dieser Verantwortung. Deshalb sollen die landeseigenen Unternehmen beispielhaft vorangehen: Wir wollen, dass sie ihre Klimawirkungen in den unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichten transparent machen und einen Fahrplan entwickeln, wie sie möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Wir fordern den Senat auf, im Rahmen seiner Aufsichtskompetenzen die Erarbeitung eines solchen Fahrplans in den Zielvereinbarungen der Unternehmen zu verankern und die Umsetzung als Teil der variablen Vergütung der Geschäftsleitungen zu vereinbaren.

Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik soweit wie möglich an den Klimazielen ausrichten. Auch bei der Vergabe von nicht umweltschutzbezogenen Bundes- oder EU-Mitteln soll sie die Klimawirkungen der Endkredite bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Auch hier gilt somit der Klimavorbehalt. Wir verzichten auf die Förderung klimaschädlicher Geschäftsmodelle.

Gerade im Kontext des Klimawandels muss Digitalisierung endlich nachhaltig gestaltet werden. Wir fordern langfristig eine Umgestaltung des Lebenszyklus' der Informationstechnologie (IT). Wir wollen die Verlängerung der Nutzungsdauer von IT, um den bisherigen ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Dafür muss sichergestellt werden, dass Anwendungs- und Systemsoftware auch bei Weiterentwicklung und Aktualisierung auf allen Geräten lauffähig bleibt. Die Ausstattung muss auf eine lange Nutzung und Erweiterbarkeit ausgelegt und durch OpenSource gefördert werden. Die Reparatur von Hardware muss für alle zugänglich werden. Deshalb sprechen wir uns für ein Recht auf Reparatur aus – diesem werden wir auf Bundesebene Nachdruck verleihen. Berliner Unternehmen und Institutionen, die hier bereits vorangehen, werden wir unterstützen, diesen Schritt zu wagen.

Regulatorische Änderungen im Finanzsystem müssen auf EU- und Bundesebene erfolgen. Aber auch auf Landesebene gibt es Spielräume: Die Altersversorgungsrücklagen des Landes Berlin werden bereits teilweise als nachhaltige Kapitalanlagen bewirtschaftet. Dies wollen wir ausbauen,

vor allem durch die Erhöhung des nachhaltig bewirtschafteten Betrags und die Anwendung strengerer Standards, damit aus dem öffentlichen Dienst entstehende Pensionen und Renten nicht mit klimaschädlichen Geschäften erwirtschaftet werden.

Wann wenn nicht jetzt!

Bündnis 90/Die Grünen Berlin sind dem Klimaschutz verpflichtet. Wir stehen zum Pariser Klimaschutzabkommen und werden alles tun, damit Berlin seiner Verantwortung gerecht wird. Mit den beschriebenen Maßnahmen werden wir die Strukturen so verändern, dass wir die sozial-ökologische Transformation konsequent und dauerhaft umsetzen können. Für uns ist klar, dass wir Berlin klimaneutral umbauen müssen – und zwar jetzt! Dabei ist für uns nicht eine große Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO_2 wir einsparen.

Entscheidend ist, dass wir radikal vernünftige Maßnahmen so schnell wie möglich implementieren und unser Klima endlich konsequent schützen. Den Rückenwind der Straße werden wir dafür nutzen, um ausgehend von den hohen Zielen im Koalitionsvertrag noch eine deutliche Schippe drauf zu legen.